

HANSER



Leseprobe

Franz Josef Radermacher, Marianne Obermüller, Peter Spiegel

Global Impact

Der neue Weg zur globalen Verantwortung

ISBN: 978-3-446-41730-4

Weitere Informationen oder Bestellungen unter

<http://www.hanser.de/978-3-446-41730-4>

sowie im Buchhandel.

Wendezeichen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Peter Spiegel

Jede Wende beginnt in den Köpfen der Menschen. Wenn wir beispielsweise in einer Diktatur leben, werden wir diese nicht überwinden können, solange wir im Glauben sind, diese Diktatur nicht überwinden zu können. Solange dieses Denkmuster unser Verhalten bestimmt, wird die Diktatur fortbestehen. Die Entwicklungslinien bestimmter Denkmuster setzen sich so lange fort, bis die sie stabilisierenden Denkkonstrukte in ausreichendem Maße infrage gestellt und verändert werden. Selbst wenn ein Denkmuster, wie beispielsweise der Glaube an die Notwendigkeit von Lobbyismus in einer Demokratie, längst nicht mehr die ursprünglich erhofften positiven Folgen zeitigt, führt uns das dadurch hervorgerufene wachsende Leiden, beispielsweise als Folge der lähmenden Macht einzelner Partikularinteressen, noch lange nicht zum Umdenken. Not kann unser Denken wenden, muss aber nicht, zumindest nicht schnell. Es hängt von uns ab, wann wir eine schlicht sinnvolle oder selbst eine überlebensnotwendige Wende in unserem Denken vollziehen.

Erkennen wir die Gefahren einer nationalsozialistischen Ideologie in ihren Anfängen oder erst nach einem Weltkrieg mit fast 60 Millionen Toten? Wenden wir uns von einem giergetriebenen Weltfinanzsystem ab, wenn kluge Köpfe vor dessen inneren Widersprüchen klar und deutlich warnen, oder erst nach einem globalen Zusammenbruch? Nutzen wir die Chancen der Kleinkreditidee zur systematischen Beseitigung

der Armut in den nächsten Jahren oder warten wir auf einen globalen Aufstand der Armen, wie auch immer dieser dann aussehen mag? Weder schützt uns der Zusammenbruch des Nationalsozialismus vor einer möglichen Wiedererstarkung derartiger Ideologien noch bewahrt uns der Lernprozess der gegenwärtigen Weltfinanzkrise davor, sehr ähnliche Fehler noch einmal zu begehen, bis uns eine nächste, möglicherweise noch weit größere Wirtschaftskrise endlich zu einer gründlicheren Denkwende aufweckt. Und was nützt eine noch so offensichtliche Chance auf ein soziales Weltwirtschaftswunder, das Armut endlich in die Geschichtsbücher verbannen kann, wenn wir unseren Blick nicht auf diese Chance wenden?

Der leider weitgehend vergessene deutsche Philosoph Hans Vaihinger schrieb vor fast 100 Jahren das Buch *Die Philosophie des Als Ob*. Er erläuterte darin, wie der Mensch nur über Gedankenkonstrukte den Versuch einer Einschätzung der Zusammenhänge im Leben unternehmen kann. Menschliches Denken kann Wirklichkeit grundsätzlich nicht „an sich“ erkennen. Die Wahrheit der Wirklichkeit bleibt ihm immer verschlossen. Er kann sich der Wirklichkeit nur via Erklärungsversuche nähern. Er kann nur so tun, „als ob“ die Wirklichkeit so funktioniert wie ein Gedanke, den er an sie anlegt, beziehungsweise eine Theorie, die er zu ihrer Erklärung entwickelt. Jeder Gedanke legt, wie ein Lichtkegel, bestimmte Wirkweisen der Wirklichkeit frei, andere bleiben im Dunkel. Vaihinger nennt dies „nützliche Fiktionen“. Die Vorstellung, die Erde sei eine Scheibe, führte dazu, dass der Mensch mit der Wirklichkeit der Erde so umging, als ob diese eine Scheibe sei. Diese Vorstellung war in der Tat eine nützliche Fiktion, und sie erlaubte dem Menschen einen großen Wirkradius im Umgang mit ihr. Die Vorstellung der Erde als Kugel veränderte den Wirkradius menschlichen Agierens jedoch deutlich. Sie war eine eindeutig nützlichere Fiktion, eine Vorstellung, die es den Europäern entscheidend ermöglichte, zahlreiche „neue“ Kontinente zu entdecken.

Folgt man dem Denken von Hans Vaihinger, dessen Thesen im Kapitel zur Kompetenzenbildung noch näher erläu-

tert werden, so erweist sich die Fiktion der Veränderbarkeit von Zuständen, mit denen wir nicht zufrieden sind, als die grundsätzlich überlegene Fiktion gegenüber allen Vorstellungen, die – mit welchen Begründungen auch immer – davon ausgehen, eine bestimmte Wirklichkeit sei nicht überwindbar. Wünschbare Veränderungen für möglich zu halten, öffnet unsere Sinne für die Suche nach Lösungen und Wegen, die zu dem Gewünschten führen könnten. Eine konkrete Fiktion, *welcher* Weg dorthin führen könnte, muss deshalb noch lange nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen. Aber nur wer sich derartige Abenteuerreisen zu besseren Lösungen erlaubt, kann neue Wirkweisen in der noch großen unentdeckten Welt von Wirkzusammenhängen entdecken. Vaihinger bezeichnet die Haltung, auf permanente Entdeckungsreisen mit immer weiter entwickelten Als-ob-Konstrukten zu verzichten, schlicht „als Dummheit“. Konstruktives Denken heißt in diesem Verständnis, sich mit anderen Konstrukten unseres Denkens an der Wirklichkeit zu versuchen als jenen, die uns bisher vertraut waren. Nahezu jeglicher Fortschritt in der Welt hat diese eine Ursache: Andere Denkkonstrukte wagen und sich dabei von deren Wert für gewünschte Veränderungen der gegenwärtigen Wirklichkeit leiten lassen.

Wie veränderungsfähig wir sind, hängt somit wesentlich davon ab, wie konstruktionsfreudig wir mit der Wirklichkeit umgehen. Nichts anderes meint der Begriff „Verantwortung“: die Verpflichtung, immer weiter und immer neu nach anderen, besseren Antworten zur Lösung eines Problems und zur besseren Gestaltung der persönlichen und gesellschaftlichen Wirkweisen zu suchen.

Selbst wenn nur ein einziger Mensch plötzlich ein Dogma unserer bisherigen Als-ob-Konstruktionen der Wirklichkeit „konstruktiv“ hinterfragt, also nach besseren Lösungen als die bis dato realisierten sucht, kann dies bereits als Auslöser eines globalen Umbruchs ausreichen. So wollte Muhammad Yunus einfach nicht länger glauben, dass Kredite nur mit dinglichen Sicherheiten funktionieren könnten und dass arme Menschen keine Fähigkeiten hätten, um erfolgreich selbstän-

dig zu werden. Sein radikal „anderer Glaube“ setzte völlig unerwartete Wirkweisen frei und veränderte Zug um Zug die Wirklichkeit von Millionen Menschen fundamental.

So wichtig und wertvoll solche Pioniere sind, so wichtig ist unser aller Denken über die uns umgebenden Wirklichkeiten. Die Wende von 1989 in der damaligen DDR war unter anderem nur deshalb möglich, weil die Wende vom alten dominanten Gedankenkonstrukt „Alle Macht liegt bei der Partei“ zum neuen Gedankenkonstrukt „*Wir* sind das Volk“ in einer hinlänglich großen Anzahl von Menschen erfolgte. Dies veränderte vieles, aber natürlich bei Weitem nicht alles, was wir uns wünschen. Heute haben wir andere Herausforderungen. Ist eine Wende zu einem weltweit nachhaltigen Wirtschaften möglich? Ist eine Wende unseres Wirtschaftssystems von der Giergetriebenheit zu einer Motivation für das beste Gemeinwohl möglich? Kann sich die Wirtschaft in ihrer Mehrheit von ihrem massiven Lobbyismus für ihre eigenen Partikularinteressen lösen und gemeinwohlorientierter werden? Können unsere Sozialsysteme so verändert werden, dass sie weniger bürokratisch und stattdessen wesentlich menschlicher sind? Finden wir aus der gegenwärtigen Bildungsmisere heraus zu einem neuen System, in dem Bildung wieder für Lehrer und Schüler Freude bereitet und die Leistungen dennoch deutlich steigen, ohne immer weiter an der Stressschraube zu drehen? Findet jener Teil der Gesellschaft, der in Langzeitarbeitslosigkeit und Hartz-IV-Abhängigkeit einen Großteil seines Lebensmuts verloren hat, wieder zurück zu selbstbewusster und erfolgreicher Lebensgestaltung? Individuell und kollektiv hängt für alle diese Fragen entscheidend viel davon ab, ob wir für eine Wende in unseren Köpfen aufgeschlossen sind.

Für unseren persönlichen Mut zur Verantwortung, also für unseren Mut, ernsthaft nach besseren Antworten als den bisher gefundenen zu suchen für das konstruktiv und konkret Notwendige, kann uns die Information sehr hilfreich sein, wie viele überraschende und konstruktive Veränderungen sich in jüngster Zeit im Denken einer deutlich wachsenden Zahl von Politikern, Unternehmern und engagierten Bürgern ergeben

haben. Bevor wir in den nachfolgenden Kapiteln auf konkrete visionäre, konstruktive und sehr realistisch umsetzbare Konzepte für eine bessere Zukunftsgestaltung eingehen, seien hier einige besonders markante Veränderungsprozesse im Denken und Handeln einer neuen Generation von Akteuren in Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammenfassend beschrieben.

1. Die Wende in der Wirtschaft: Gemeinwohlinteressen sind intelligenter als Partikularinteressen

Mit der Beschleunigung der Globalisierungstendenzen in der Weltwirtschaft, insbesondere seit dem Ende des Sozialismus, ergab sich eine eruptive Verschiebung im Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Das Kernproblem ist dabei, wie bereits festgestellt, nicht die Globalisierung der Wirtschaft, sondern die Nicht-Globalisierung von Politik, während sich gleichzeitig Wirtschaft und Zivilgesellschaft in ihrem Agieren sehr weitreichend globalisiert haben.

Ein offener Markt treibt die Akteure der Wirtschaft dazu, immer die Augen offen zu halten nach Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung und Kostenreduktion in der Produktion, zur Erschließung neuer Märkte sowie zur Senkung der Steuern und Abgaben. In einer ungleich entwickelten Welt sind die Anreize dazu aus systemischen Gründen besonders stark, ferner ergeben sich vielfache Möglichkeiten, Systemunterschiede zwischen entwickelten und weniger entwickelten Staaten zu nutzen. Grenzüberschreitende Minimierung der Besteuerung und die Nutzung von „Steuerparadiesen“ kommen hinzu.

Wenn die Löhne in der Textilherstellung um den Faktor zehn, 100 oder noch mehr auseinanderliegen, kann ein Unternehmen, das weiterhin in Deutschland oder Großbritannien produzieren will, höchstens noch in Nischenmärkten überleben. Arbeitsintensive Massenproduktion kann gar nicht anders, als in Niedriglohnländer auszuwandern.

Länder mit hohem Lohnniveau haben dadurch besonderen Anreiz zu technologischen Innovationen, um auf diesem Wege sowohl die Qualität zu steigern als auch die Lohnstückkosten zu senken. Technologischer Fortschritt bedeutet aber auch permanenten Fortschritt im Kommunikations- und Transportwesen. Dadurch wird der Transfer von Informationen und Wissen sowie von Gütern immer leichter und kostengünstiger. Mit dem Einstieg in Billigproduktionen erwirtschaften sich aufholende Ökonomien die Substanz, um sich dann auch den Einstieg in immer anspruchsvollere Technologien leisten zu können.

In einer arbeitsteiligen globalisierten Wirtschaft werden mit der Zeit immer kleinere Wettbewerbsunterschiede immer wettbewerbsentscheidender. Während in einem Land die niedrigen Lohnkosten besonders arbeitsintensive Wirtschaftszweige anziehen, entscheidet sich ein anderes Land zu dem „Wettbewerbsvorteil“, bei Umweltsündern nicht so genau hinzuschauen. Ein drittes Land lockt mit niedrigen Steuersätzen oder niedrigen Finanzmarktkontrollen, Bilanzkontrollen, Kontrollen von Eigentümerrollen und Insidergeschäften sowie niedrigen Compliance-Aufwendungen, ein viertes mit hohen Subventionen für bestimmte Branchen und ein fünftes mit der Bereitstellung einer besonders starken Infrastruktur für bestimmte Branchen.

In einem solchen Umfeld wird der Einfluss der Wirtschaft immer größer und jener der Politik immer kleiner. Wirtschaftliche Akteure können ihr Geschäftsmodell unter Ausnutzung aller Stärken und Schwächen aller Länder der Welt modellieren und optimieren. Sie müssen dies sogar, um nicht von einem Konkurrenten dabei überholt und vom Markt gedrängt zu werden. Wirtschaftliche Akteure sind dabei mit wachsendem technischem Fortschritt immer ortsungebundener. Sie können Länder unter Druck setzen, die Spielregeln immer mehr ihren Wünschen anzupassen, weil sie die Option haben, mit Teilen ihres Agierens oder ganz in andere Länder auszuweichen. Länder sind definitionsgemäß hingegen ortsgebunden, ihre Souveränität endet an ihren

Staatsgrenzen und Handlungsfähigkeit nimmt an diesen somit dramatisch ab.

Unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft und einer nicht globalisierten Politik mutiert somit das Prinzip der nationalen Souveränität zur schleichenden Entmündigung staatlichen Handelns. Staaten können so nur immer defensiver werden – oder „progressiv“ in dem Sinne, dass sie Wünsche der Wirtschaft vorauseilender als andere Länder verstehen und erfüllen. Man hält die Fahne nationaler Souveränität hoch und kann genau deshalb von Akteuren, die ihre Souveränität längst global angelegt haben, in seiner Souveränität immer leichter ausgehebelt werden. Unter diesen Bedingungen findet der ökonomische Wettbewerb immer weniger unter wettbewerbsneutralen, das heißt für alle Wettbewerber gleichen ökosozialen Regeln statt. Vielmehr induziert der immer regelfreiere ökonomische Prozess einen Wettbewerb der staatlichen Regelsysteme gegeneinander zur immer besseren Befriedigung der Wünsche der Wirtschaft, und zwar mit Konsequenzen, wie sie in der aktuellen Weltfinanzmarktkrise für jeden überdeutlich geworden sind. Das Problem ist dabei, systemisch gesehen, gerade nicht die globalisierte Wirtschaft, denn das menschliche Handlungssystem insgesamt ist längst zutiefst globalisiert. Das Problem ist ein politisches System, das es bis heute versäumt hat, seine Handlungsoptionen in dem unumgänglich notwendigen Maße zu globalisieren. Solange dieses Problem nicht adäquat gelöst ist, wird es eine immer professionellere Ausnutzung dieser Systemschwächen geben.

Dazu gehört insbesondere auch der Kampf um Partikularinteressen. Für Unternehmen lohnt es sich, sehr genau über mögliche Vorteile nachzudenken, die sich durch eine kleine Umformulierung in einem internationalen Abkommen oder in einem nationalen Gesetzestext für ihre Branche oder für ihre Unternehmen ergeben können im Wettbewerb zu ihren Konkurrenten. Daher explodierte in den letzten 20 Jahren in allen wichtigen Metropolen nationaler und internationaler Entscheidungsprozesse die Lobbyindustrie.

Der Lobbyismus perfektionierte sein Agieren so sehr, dass immer mehr nationale Gesetzesvorlagen sowie Vorlagen für internationale Abkommen nicht mehr durch die eigentlich dafür vorgesehenen nationalen und internationalen Einrichtungen entwickelt wurden, sondern in Anwaltskanzleien, die von bestimmten Unternehmen und Verbänden dazu beauftragt wurden. Die intellektuellen Vorleistungen und begleitenden Studien kamen von wissenschaftlichen Thinktanks, die ebenfalls nicht ernsthaft als neutral bezeichnet werden können, die ebenfalls von den Interessen ihrer Auftragnehmer motiviert waren. Und auch für die notwendige mediale Unterstützung und die offenen Ohren in den Ministerien und Parlamenten entwickelte die Lobbyindustrie viele funktionierende Instrumente. Robert Reich, einer der einflussreichsten Ökonomen in den USA und selbst für vier Jahre als Arbeitsminister in der Clinton-Administration tätig, offenbart in seinem Buch *Superkapitalismus* anhand zahlreicher Beispiele, „wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt“. Sascha Adamek und Kim Otto analysieren in *Der gekaufte Staat* die Situation in Deutschland. Hier hatte die Regierung Schröder tatsächlich mehr als 100 Konzernvertreter dazu eingeladen, in deutschen Ministerien zu arbeiten und beim Schreiben jener Gesetze mitzuwirken, die unmittelbaren Einfluss auf ihre Unternehmen haben. Und wo Ministerien die Aufgabe hatten, die Einhaltung ihrer Bestimmungen durch die Wirtschaft zu kontrollieren, waren teilweise jene Mitarbeiter, die von den Unternehmen gestellt und bezahlt wurden, damit beauftragt, ihre eigenen Unternehmen zu kontrollieren. Eine der Folgen dieser Art von Politik ist nach Meinung verschiedener Beobachter, dass die Energiekonzerne wenige Jahre nach der Liberalisierung des Energiemarktes sich diesen wieder in alter Manier oligopolistisch aufteilen konnten und die Preise für ihre Leistungen weit höher stiegen als in vergleichbaren Ländern. Dies war die Basis dafür, dass beispielsweise E.ON für die Jahre 2007 bis 2010 aus den exorbitant gewachsenen Gewinnen ein 60 Milliarden Euro schweres Investitionsprogramm auflegen konnte – mehr als das zweite große

Konjunkturprogramm der deutschen Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise.

Reich führt aber auch einen anderen Aspekt an: Je weiter sich die Lobbyindustrie entwickelt, desto mehr wird sie auch für die Wirtschaft zur Falle. Je mehr ein Unternehmen in die Lobbyarbeit investiert – und globalisierte Unternehmen müssen dies nicht nur in einem Land tun, sondern gleichzeitig in vielen sowie an den Standorten der wichtigsten transnationalen Einrichtungen von Brüssel über New York bis Nairobi –, desto mehr zwingt es auch seine Mitkonkurrenten in einen globalen Lobbyismuswettbewerb. Allein in Brüssel waren im Jahr 2005 mehr als 10 000 Lobbyisten tätig. Mit wachsendem Lobbyismuswettbewerb wachsen in diesem Bereich die Kosten für jedes Unternehmen, während sich gleichzeitig der Grenznutzen reduziert. Je wichtiger kleine Modifikationen in staatlichen und internationalen Entscheidungen für ein global agierendes Unternehmen werden, desto wichtiger werden diese auch für die jeweiligen Konkurrenten. Auch sie setzen sich daher immer mehr dafür ein, dass Entscheidungen zu ihrem Nutzen ausfallen oder zumindest nicht gegen diesen. In der Tendenz wird Lobbyismus somit immer zwingender und immer teurer und neutralisiert sich zudem zunehmend gegenseitig. Für die Wirtschaft selbst entsteht eine gar nicht mehr so attraktive Lobbyfalle.

Ein weiterer Effekt eines ausufernden Lobbyismus zugunsten von Partikularinteressen ist, dass Partikularinteressen naturgemäß mögliche systemische Schäden kaum im Blick haben. In einer globalisierten Welt können systemische Schäden aber bereits in sehr überschaubaren Zeiträumen verheerende Rückwirkungen auch auf die Wirtschaft haben. Lange Zeit stemmte sich beispielsweise eine geballte Lobbymacht gegen taugliche Maßnahmen zur Verhinderung der drohenden Klimakatastrophe. Doch im Jahr 2005 veröffentlichten die Chefs von 25 Global Player von ABB über BP, Cisco, Deloitte, E.ON, Ford und Siemens bis Toyota, Vattenfall und Volkswagen am Rande des damaligen Weltwirtschaftsforums in Davos folgenden gemeinsamen Aufruf an die Regierungschefs

des G-8-Gipfels 2005, der so bemerkenswert ist, dass er hier ausführlich zitiert wird:

„Als Leiter führender globaler Unternehmen, die eine große Bandbreite von Industrien repräsentieren, teilen wir die Überzeugung, dass der Klimawandel eine der wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts darstellt. Der Klimawandel, der mit anderen wichtigen Fragen verknüpft ist wie der Sicherstellung wirtschaftlichen Wachstums, der Verringerung der Armut und dem Zugang zu einer adäquaten Energieversorgung, erfordert die volle Aufmerksamkeit von Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft überall in der Welt. Wir unterstützen nachdrücklich die Bemühungen des Premierministers, die Aufmerksamkeit für dieses Thema im G-8-Prozess zu erhöhen, und heißen diese Gelegenheit willkommen, um hierzu selbst beizutragen.

Wir haben verstanden, dass wir die Verantwortung haben, angesichts des Klimawandels zu handeln ... Unsere Firmen haben bereits damit begonnen, auf unterschiedliche Weise zu handeln ... Aber wir erkennen an, dass die Notwendigkeit zu weiteren substanziellen Anstrengungen besteht, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Wir halten ferner fest: Auch Wirtschaft und Regierungen können das Problem des Klimawandels nicht allein lösen. Auch die Konsumenten müssen eine vitale Rolle spielen ... Marktbasierte Lösungen für den Klimawandel funktionieren am besten, wenn die Konsumenten gut informiert sind und die Folgewirkungen ihres Konsums und ihrer Kaufentscheidungen verstehen – und wenn sie die richtigen Preissignale erhalten.

Um klare, transparente und konsistente Preissignale zu etablieren, muss der politische Rahmen für den Klimaschutz einige Zielvorgaben erfüllen.

Für die Firmen ist es schwierig, die Größenordnung der notwendigen (klimafreundlichen) Investitionen festzulegen, ohne eine klare Definition der Dimension des

Problems, einschließlich der Schwellen (zum Beispiel als Klimagaskonzentration), die nicht überschritten werden dürfen, damit die schädlichen Konsequenzen minimiert werden ... Die Regierungen müssen bei der Definition dieser Grenzen Verantwortung übernehmen, wobei sie sowohl die technische, finanzielle als auch politische Machbarkeit unterschiedlicher Lösungen berücksichtigen müssen ...

Wir fassen diese von uns geforderten Zielvorgaben nachfolgend zusammen, verbunden mit einigen speziellen Ideen, die die G-8-Regierungen erwägen können.

Das gegenwärtige Flickenteppichsystem an regulativen, finanziellen und technologischen Anreizen an verschiedenen Orten in der Welt ist einem kostengünstigen und effizienten Ansatz zur Lösung des Klimaproblems nicht förderlich. Dieses Problem wird durch die kurzfristige Orientierung des Kyoto-Protokolls und der damit verbundenen politischen Mechanismen weiter verschlimmert – denn deren Ziele und Zeitpläne reichen nicht über das Jahr 2012 hinaus. Für einen Investor, der eine angemessene Rendite seiner Investition in Projekte für einen niedrigen Kohlendioxidausstoß anstrebt, deren Laufzeiten in der Regel bei 25 bis 50 Jahren liegen, kann das damit verbundene Risiko zu einer entscheidenden Entmutigung werden. Dieselbe Art von Unsicherheit verdunkelt den zukünftigen Wert von handelbaren Klimazertifikaten sowie den Wert von Investitionen in Infrastrukturprojekte mit niedrigen Emissionswerten in den aufstrebenden Märkten.

Wir müssen unser Denken über Aktivitäten zur Reduktion von Treibhausgasen neu ausrichten – wir müssen diese als Erhöhung langfristiger Werte ansehen und nicht einfach nur als die Auferlegung weiterer Kosten. Hierin liegt der entscheidende Nutzen von marktbasierter Ansätzen. Dies sollte in der Form der Gestaltung von dauerhaften politischen Rahmenfestlegungen zur Förderung aller Niedrigemissionstechnologien berücksichtigt werden. Es ist außerordentlich wichtig, für einen fortdauernden, einen

nachhaltigen Nutzen (Dauerrentabilität) der Anteilseigner zu sorgen.

Aus diesen Gründen drängen wir nachdrücklich auf die Schaffung folgender Bedingungen durch die G-8-Regierungen:

- Etablierung von politischen Rahmenbedingungen für langfristiges marktwirtschaftlich orientiertes Handeln über das Jahr 2030 hinaus, die Investoren in den Klimaschutz Sicherheit verleihen für ihre langfristigen Investitionen. Die Etablierung von deutlichen Signalen über das Jahr 2050 hinaus wäre sehr hilfreich.
- Sicherstellung gleicher, global gültiger politischer Rahmenbedingungen. Sie müssten hierfür ein koordiniertes und konsistentes Paket von nationalen und regionalen Regimen einsetzen mit maximaler Übertragbarkeit zwischen den Regimen und der Möglichkeit, diese künftig in ein einziges Regime zu überführen.
- Definition von Klimanutzungsrechten durch ein Cap-and-Trade-System (Cap = Emissionsbegrenzung und Trade = Emissionshandel im Rahmen eines Zertifikatesystems) oder andere marktbasierende Mechanismen, die über die Zeit angepasst werden können an den Fortschritt der wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen und die dem Konsumenten bei seinen Kaufentscheidungen helfen.
- Die Milderung des Klimawandels muss als Teil einer umfassenden Agenda für nachhaltige Entwicklung angegangen werden, indem Mechanismen eingesetzt werden zur Bewältigung der Herausforderungen der Armut, der Energieversorgung und des wirtschaftlichen Wachstums in den aufstrebenden Märkten, während gleichzeitig Emissionen von Treibhausgasen reduziert werden.

Klug entworfene Programme für den Emissionshandel können und werden die Firmen dazu bewegen, die Emis-

sionen von Treibhausgasen zu reduzieren. Der Haupteffekt wird dabei selbstredend durch die Förderung von energie- und materialeffizienten Produktionsprozessen erzielt. Durch entsprechende Mechanismen müssen solcherart technologische Veränderungen und Durchbrüche gefördert werden. Daher ist ein dauerhafter Nachdruck erforderlich zur Stimulierung der Entwicklung und Kommerzialisierung von neuen Niedrigemissionstechnologien, sowohl durch öffentliche als auch durch private Förderprogramme.

Staatliche Unterstützung bei der technologischen Entwicklung ist vor allem in der Grundlagenforschung gefragt, die langfristigen Erfolg verspricht, aber zu riskant ist, um Investitionen aus dem privaten Sektor anzuziehen. Dies ist besonders wichtig in Gebieten, in denen noch keine technologischen Durchbrüche erzielt sind.

Für die schnelle Kommerzialisierung und Implementierung von Technologien, die bereits nahezu marktauglich sind, wäre es hingegen ratsam, wenn die Regierungen nicht eingreifen, um ihrerseits die Gewinner und Verlierer zu definieren. Hier würden regulierende sowie Förderprogramme weitaus produktiver wirken, wenn sie technologie-neutral und erfolgsorientiert wären – beispielsweise durch die klare Definition der Ziele, aber durch größtmögliche Flexibilität für die Wirtschaft, wie sie diese Ziele erreichen kann.“

Da fordert eine Wirtschaftslobby von Unternehmen, die zuvor eher für harte Eigeninteressenwahrnehmung standen, erstmals in dieser Klarheit die Überwindung von Partikularinteressenorientierung durch eine konsequente Orientierung an und Umsetzung von Gemeinwohlinteressen. Sie bekennen ihre Mitverantwortung am zunehmenden Klimawandel. Sie fordern klare Emissionsgrenzen, die global festgelegt und durchgesetzt werden sollen. Sie verlangen eine langfristige Sicht der Notwendigkeiten. Und sie schlagen vor, dafür den Ausstoß von Treibhausgasen kostenpflichtig zu machen, und

zwar in dem Maße, dass der gewünschte Effekt, die notwendigen Emissionsgrenzen einzuhalten und so die Klimaerwärmung zu stoppen, auch zu 100 Prozent erreicht wird.

Ist diese Wende zu globaler Klimavernunft ausgerechnet bei den hauptverantwortlichen Unternehmensführern für die bisherige Klimawende rational und damit glaubwürdig? Ja, sie ist höchst rational und sie ist gleichzeitig kein Widerspruch zur parallelen Fortsetzung ihrer Lobbyarbeit für Partikularinteressen. Warum? Für Unternehmen stellt es kein Problem dar, auch sehr weitreichende Umweltauflagen zu erfüllen – wenn eine Bedingung erfüllt ist: Die Auflagen müssen alle Unternehmen in gleicher Weise betreffen, sie müssen somit möglichst *wettbewerbsneutral* wirken. Unternehmen wehren sich gegen alle Maßnahmen, die ihre eigene Wettbewerbssituation am Markt verschlechtern, denn dies bedeutet Einbußen an Gewinn und Marktpräsenz und kann leicht auch bis zur Existenzbedrohung reichen. Unternehmen profitieren aber ausdrücklich von allen Maßnahmen, die die Rahmenbedingungen der Gesellschaft insgesamt verbessern, sei es in Richtung Nachhaltigkeit, Gesundheit, Bildung oder eines anderen Fortschritts bezüglich des Gemeinwohls. All dies verbessert auch ihre Entfaltungsmöglichkeiten – sofern diese Neuerungen so wettbewerbsneutral wie möglich umgesetzt werden.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben sich seit Anfang der 1990er-Jahre neben der bekannten Lobbyindustrie für Partikularinteressen auch immer mehr und häufiger Unternehmer und Unternehmen zusammengetan, um sehr ernsthaft über Verbesserungsvorschläge im Interesse des Gemeinwohls nachzudenken. Und man kann voraussagen: Je mehr zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Politiker diese Neigung erkennen und sich daran orientieren, desto mehr werden Unternehmer ihr Mitwirken an der Entwicklung und Umsetzung von intelligenten Gemeinwohllösungen verstärken.

Intelligente und möglichst wettbewerbsneutrale Gemeinwohllösungen bedeuten in einer globalisierten Welt jedoch sehr oft: globale Lösungen. Ein Kommentator meinte zum

G-20-Gipfel vom April 2009 zur Weltfinanzkrise zu Recht: Für immer mehr globale Probleme gibt es nur noch globale Politik oder keine Politik. Man muss hinzufügen: Keine Politik bedeutet nicht nur die ungebremste Eskalation der globalen Probleme, sondern auch die ungebremste Fortsetzung von Partikularinteressenlobbyismus, weil dieser für Unternehmen existenziell ist – solange Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft nicht gemeinsam an einem Strang ziehen, um auf eine radikal gemeinwohlorientierte Neugestaltung unseres globalen ökonomischen, sozialen und ökologischen Rahmens umzuschalten. Der Teufelskreis der Handlungslähmung setzt sich so nur weiter fort. Daher ist es nicht überraschend, dass Unternehmensinitiativen, die darauf abzielen, aus dieser Falle herauszukommen, immer mehr an Boden gewinnen.

Zum ersten internationalen Umweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro lud der Leiter jener Konferenz, Maurice Strong, den Schweizer Unternehmer Stephan Schmidheiny ein, eine derartige neuartige Lobbygruppe für umweltbezogenes Gemeinwohldenken zu organisieren. Schmidheiny willigte ein und 48 führende Unternehmen folgten seinem Aufruf. Seither arbeitet das World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) an globalen Initiativen für höchst visionäre Umweltwenden. Eine Gruppe von Unternehmen aus dem Bau- und Energiesektor entwickelte beispielsweise eine Kampagne, mit der sie in wenigen Jahren eine weltweite Wende zu radikal nachhaltigen Bauwerken erreichen will. Diese Unternehmen investieren in koordinierten Projekten in technologische Entwicklungen, die eine solche Wende praktisch ermöglichen sollen. Sie suchen gemeinsam geeignete kommunale Partner in verschiedenen Ländern der Welt, um ihre technischen Lösungen in breit angelegten Pilotprojekten umsetzen zu können. Sie organisieren geeignete globale Kampagnen für diese sektorale Ökowende. Und sie betreiben Lobbyarbeit für ökologische Lösungen, die konsequenter sind als die Vorschläge der progressivsten Umweltorganisationen.

Im Jahr 2005 vollzog ein deutscher Wirtschaftsverband insgesamt den Abschied von Partikularinteressenlobbying.

Der Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA) bündelte wirtschaftliche Kompetenz mit dem Ziel, an Lösungen zu arbeiten, die die Rahmenbedingungen der Gesellschaft insgesamt verbessern. In diesem Sinne setzte sich der BWA insbesondere für die in diesem Buch ausführlich beschriebene Global Marshall Plan Initiative ein und engagierte sich für die ebenfalls hier beschriebenen einschneidenden Reformen im Weltfinanzsystem. Interessant ist, dass der BWA seinen Niedergang nahm, als er von diesem Weg wieder abwich. Sehr viele Unternehmen suchten dann nach überzeugenderen Optionen.

Das im Sommer 2009 vom Genisis Institute for Social Business and Impact Strategies gemeinsam mit der Humboldt-Viadrina School of Governance ins Leben gerufene Forum Zukunftsunternehmer geht denselben Weg noch deutlich konsequenter an. Das Forum Zukunftsunternehmen will letztlich gleichziehen mit der Lobbymacht für Partikularinteressen, nun jedoch für Gemeinwohlinteressen, konkret, es will – in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Fach-Thinktanks und gemeinwohlmotivierten Unternehmern – Reforminitiativen bis zur Reife von Gesetzesvorlagen ausarbeiten. Als erste große Reformfelder nahm man sich die feste Etablierung von Social Business als neuen Wirtschaftssektor vor sowie von Schlüsselkompetenzbildung als ergänzenden Sektor in der Bildung neben der dort bis heute noch vorherrschenden Wissensbildung. Beides ist ebenfalls Gegenstand dieses Buches.

Nach der jüngsten Weltfinanzkrise fand der Gemeinwohlansatz noch einmal erheblich mehr Resonanz in der Wirtschaft. Ferner leuchtete vor allem der Social-Business-Ansatz des Friedensnobelpreisträgers Muhammad Yunus vielen Unternehmensführern sofort ein. Mit dem Konzept des Forums Zukunftsunternehmer besteht eine reelle Chance, dass Gemeinwohllobbying aus der Wirtschaft heraus nicht länger eine Angelegenheit für Außenseiter und wenige Pioniere bleibt, sondern sich in der Breite durchsetzen wird.